

Halle'sche Zeitung



Nr. 573.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1906.

Druck-Verlagsgesellschaft, Vertriebsstelle, Druckerei, Halle a. S., Markt 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Zweite Ausgabe

Verlagsgesellschaft, Vertriebsstelle, Druckerei, Halle a. S., Markt 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon Nr. 158.
Eingang Dr. Strauß'sche.
Schließung Dr. Weidner'sches Gebäude in Halle a. S.

Donnerstag, 10. Dezember 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3.
Telephon Amt Via Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Militärisches aus Frankreich.

Die gegenwärtigen Verhandlungen in der französischen Depuтиertenkammer über den Militäretat beanspruchen ein mehr als gewöhnliches Interesse, weil sie am Vorabend der Einführung der zweijährigen Dienstzeit einen Blick tun lassen in die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Seeresverwaltung jetzt und voraussichtlich noch viele Jahre lang zur Innehaltung der budgetären Friedensprämissen für die Armee zu kämpfen hat. Ueber diese Tatsachen können erstlich alle Hoffnungen und Bestürzungen des französischen Kriegsministeriums nicht hinweggehen; denn seine Zahlenberechnungen, die er vor dem Parlament einwürgelt hat, sind vor der Hand doch nur ganz imaginäre Größen, weil jede Basis dafür fehlt, ob sich auf Grund der staatlich zugehörigerten Vermögensgegenstände tatsächlich freiwillig weiter dienenden Leute finden werden, als zur Deckung des Ausfalls an jährlichen Rekrutenkontingent notwendig sind. Dieser Ausfall beträgt in diesem Jahre bereits 37 000 Mann, denn am 20. November dieses Jahres konnten nur 196 000 Mann der Kontingente gegenüber 233 000 des Vorjahres eingerechnet werden, und um dies unzureichende Verhältnis noch wichtiger zu machen, hat die Untersuchungskommission ohne jede Begründung erklärt, daß auch für die nächsten Jahre mit weniger als 200 000 jährlicher Rekruten gerechnet werden müsse. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß ein wesentlicher Grund für diese unfällige Erscheinung in der Tatsache liegt, daß die vielfachen Beschwerden, die seitens der einzelnen Kommandobehörden beim Kriegsministerium in immer heftiger Zahl über die Mangelhaftigkeit des Erfolges in förderlicher Hinsicht und die infolge dessen notwendig gewordenen Entlassungen eingegangen sind, zu einem Erlaß an die Erziehungskommission geführt haben, der in Zukunft ein sorgfältigeres Musterungsgeschäft anordnet wie bisher, und es verbietet, nicht völlig dienstuntaugliche Leute auszuheben. Diese Verfügung hat bereits in diesem Jahre ihre Früchte getragen und wird vermuthlich zur Folge haben, daß von den oben eingestellten Rekruten nicht wieder 19 000 als dienstunfähig im Jahre 1904 entlassen werden müssen, wie es im Vorjahre der Fall gewesen ist. Auf der anderen Seite aber bedeutet der durch diese Verhältnisse herbeigeführte Rückgang in der Zahl wehrfähiger Mannschaften ohne Zweifel eine schwere Schädigung der Kriegsbereitschaft der französischen Armee, die dadurch zum Ausdruck gebracht ist, daß das Seereskontingent für das Jahr 1904 auf nur 515 600 Mann gegenüber 521 200 Mann dieses Jahres festgesetzt werden konnte, und daß ferner bis auf 65 Kompanien vierter Bataillone alle übrigen vierter Bataillone aufgelöst werden mußten.

Fast gleichzeitig mit diesen Tatsachen ist ein amtlicher Bericht im "Journal officiel" über die Bewegung der Bevölkerung im Jahre 1902 erschienen, der infolgedessen von militärischem Interesse ist, als er den weiteren Rückgang in der Zahl der Geburten bestätigt, der seit einer Reihe von Jahren in Frankreich festzustellen werden kann. Dem Kampf um die Zahlenüberlegenheit in der Seeresflotte muß Frankreich, wie man dort jetzt selbst einsehen, gegenüber Deutschland entgegen zu gehen.

Die Zahl der Geburten betrug 1902 rund 845 000, die der Sterbefälle rund 761 000. Somit überwiegen die Geburten noch um rund 84 000, und um die gleiche Zahl nimmt die Bevölkerung zu. Es muß sich besonders betont werden, da in der deutschen Presse die andauernde Abnahme der Geburten mit einer Abnahme der Bevölkerung überhaupt verwechselt wird. Noch überwiegen in den meisten, wenn auch nicht in allen Jahren, die Geburten über die Todesfälle. Aber dieser Ueberfluß, also die Zunahme der Bevölkerung, wird immer geringer, wenn diese Verminderung auch nicht in einer regelmäßigen Kurve erfolgt. So ist zwar der Ueberfluß der Geburten (84 000) über die Sterbefälle im Jahre 1902 um 11 600 größer, als derjenige im Jahre 1901. Der größere Ueberfluß von 1902 erklärt sich aber nicht durch eine Zunahme der Geburten, sondern lediglich durch eine zufällige Verminderung der Sterbefälle um rund 23 400. Zufällig beträgt der Rückgang in der Zahl der Geburten im Jahre 1902 gegenüber 1901 rund 11 000.

Der Bericht enthält eine sehr interessante Uebersicht über die jährliche Zunahme der Bevölkerung in den europäischen Staaten. In den Jahren 1896 bis 1900 beträgt die jährliche Zunahme, auf je 10 000 Einwohner berechnet, in Holland 150, in Deutschland 147, in Norwegen 146, in Oesterreich 116, in England 116, in Italien 110, in Belgien 109, in Frankreich nur 13. Der Bericht bezeichnet somit die Lage Frankreichs in dieser Beziehung mit Recht als wenig befriedigend.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 10. Dezember.

Kanadische Zollfrage.

Durch die Presse geht eine angeblich aus Ottawa kommende Mitteilung, wonach die kanadische Regierung sich

die Erhebung des Zollsollages auf deutsche Waren neue Bestimmungen erlassen haben soll, die erheblich strenger als alle bisher in Geltung gewesen seien. Der Zollsollage soll, so heißt es, von allen Waren erhoben werden, von denen mindestens 50 Prozent des Verkaufswertes des fertigen Fabrikats in Deutschland erzeugt wurden, wenn auch die Ware als Halbfabrikat vielmals in ein anderes Land gelangt wurde, um dort fertiggestellt zu werden. Kanada hat in der Tat solche Bestimmungen eingeführt, nur sind diese nicht erst jetzt, sondern gleich bei Einführung des Zollsollages im Frühjahr dieses Jahres in Kraft getreten. Hiernach unterliegen z. B. englische, französische, belgische oder amerikanische Fabrikate, zu denen Deutschland das Material oder fertige Bestandteile geliefert hat, ferner Waren, die in halbfertigem Zustande aus Deutschland bezogen und sodann in einem anderen Lande weiter bearbeitet bzw. veredelt worden sind, beim Eingange in Kanada unter Umständen dem Zollsollage. Diese Bestimmung wird offenbar die Wirkung haben, daß die ausländische Industrie es vermeiden, bei Herstellung von nach Kanada bestimmten Waren deutsche Rohstoffe oder Halbfabrikate zu verwenden. In der deutschen Presse hat diese Verhängung des Kampfsollages seinerzeit fast gar keine Beachtung gefunden, und es ist merkwürdig, daß sie gerade jetzt, unmittelbar vor der Beratung des Handelsprovisoriums mit England im deutschen Reichstage, als eine ganz neue Beschränkung in der deutschen Presse mitgeteilt wird. Soll dadurch etwa die Befürchtung nachgerufen werden, Kanada könne, wenn wir nicht klein beigeben, unseren Export noch weitere Nachteile zufügen? Es ist bezeichnend für die Auffassung gewisser Kreise, daß jetzt auch darauf hingewiesen wird, Deutschland sei das einzige Land gewesen, das seinerzeit die Einfuhr des kanadischen Borgurstarifs mit Strafzöllen beantwortet habe; weder Amerika, noch Frankreich, noch Belgien, noch irgend ein anderes Land hätten sich zu einer gleichen Maßregel veranlaßt gesehen. Mit solchen Hinweisen wird die wirkliche Sachlage durchaus verdeckt und die öffentliche Meinung irreflektiert. Deutschland hat im Jahre 1893 Kanada lediglich den Mignen seines Borgurstarifs entzogen, eine Maßregel, die auf den kanadischen Export nur von sehr geringem Einfluß war. Dieser ist ein Jahr zuvor durch die Einführung des England-Zarifs ebenfalls in viel höherem Maße geschädigt worden. Hiervon gewährt auch Frankreich, obwohl es in Kanada die Meistbegünstigung genießt, seinen Minimaltarif nur einer ganz beschränkten Anzahl kanadischer Produkte.

* Auch eine amerikanische Gefahr. In zahlreichen deutschen Zeitungen, darunter selbst in konservativen Kreis- und Lokalblättern, konnte man kürzlich folgende Nachricht lesen:

"Die größte Bedingung Wesel, die jemals von Reno-Port verfertigt wurde, überbrachte der in Bremerhaven angekommenen Kommandant 'Wesel' des Norddeutschen Lloyd. Sie betraf aus 22 920 Häffern und 1540 Kisten Kefee; wieder ein Zeichen dafür, daß die deutsche Schiffbauindustrie nicht auf der Höhe ist, auf der sie sein sollte."

Es ist auffallend, mit welcher Leichtfertigkeit viele Blätter es den liberalen und den demokratischen Agrarfeinden nachschreiben, daß jede Einfuhr ausländischer Agrarprodukte Zeugnis dafür sei, daß die deutsche Landwirtschaft sich nicht auf der Höhe wohl möglichen Höhe befindet. Wir wollen doch einmal sehen, wie viele Schiffsladungen amerikanischer Kefee gegenwärtig nach in deutschen Häfen ankommen würden, wenn ihrer Eigenproduktion nicht durch einen recht ausgiebigen Zoll geschützt wäre. Daß dann von denselben Kisten auch der deutschen Eisenindustrie der gleiche Vorwurf gemacht werden würde, daß sie nicht auf der Höhe sei, auf der sie sein sollte? Wir bezweifeln das! Man würde dann einfach allgemein nach einer weiteren Erhöhung der Schutzschranken rufen. Der deutsche Schiffbau ist aber bisher ohne jeden Zollschutz gewesen, obgleich die natürliche Ueberlegenheit der amerikanischen Schiffbauern in dem sogenannten Klima Kaliforniens über die deutschen weit deutlicher zu Tage liegt, als es bei der amerikanischen Eisenindustrie gegenüber ihrer deutschen Konkurrenz der Fall ist. Die deutsche Großindustrie würde ohne den ausgiebigen Schutz, welcher ihr durch die Wismarische Zollpolitik zugewendet wurde, niemals auf der Höhe gelangt sein, auf welcher sie sich erweislich heute befindet und von der aus sie den deutschen Markt beherrscht. Nur wenn man auch die deutsche Landwirtschaft auf allen ihren Produktionsgebieten immer ebenso ausgiebig geschützt hätte, wenn man ihr ebenso große Vergünstigungen für ihre Produkte gewährt hätte, wie es bei der Industrie der Fall gewesen ist, könnte man ihr heute begründete Vorwürfe machen, weil sie nicht überall zur Entfaltung ihrer höchsten Leistungsfähigkeit gelangt ist.

Mit der Masseneinfuhr der billigen amerikanischen Kefee ist gleichzeitig noch eine weitere schwere Gefahr für den deutschen Schiffbau verbunden. An verschiedenen Einfuhrstellen sind neuerdings wieder die so gefährlichen E. I. Zollsollagen auf diesem Obste entdeckt worden. Daß die im Gebrauche befindliche Stichproben-

Untersuchung bei so gewaltigen Einfuhrmengen und der bekannten unigen Größe der an Schädlichkeit mit der Reibung gleichwertigen Apfel-Schädlings keine Sicherheit vor Verbreitung dieses Schädlings auf die deutschen Obstbäume bieten kann, liegt auf der Hand. Sollte es, wie leider zu befürchten, ebenso zur Verwirklichung deutscher Obstbäume kommen, wie wir sie leider in so vielen Nebengebieten zu bekämpfen gezwungen haben, dann würden unsere liberalen Agrarier in den Ruf einstimmen: "Seht, die trägen deutschen Obstbauern befinden sich nicht auf der Höhe, auf der sie sein könnten!" Die deutschen Bauern sind und bleiben eben die Stiefkinder, denen die Mehrzahl unserer Gesetzgeber stets eine zu geringe Fürsorge zuteil werden läßt und die dann außerdem noch immer als nicht auf der Höhe befindlich, als zurückgeblieben gehalten werden.

* Vom kaiserlichen Hofe. Am Dienstag machten beide Majestäten mit der Prinzessin-Archiduchessin einen Spaziergang über die Drangerie durch Sanssouci. Mittwoch morgen um 10 Uhr empfing der Kaiser den Admiral Hollmann, den Hofkammer-Parasiten und Professor Knackfuß und hörte um 11 Uhr den Vortrag des Hausministers v. Webel.

* Glückwünsche zu Weisens Geburtstag. Anlässlich seines gefestigten Geburtstages haben der Kaiser und die Kaiserin Adolf v. Weisens, dem Altmeister deutscher Kunst, ihre gemeinsamen Wünsche in folgendem Telegramm ausgesprochen:

Zum heutigen Tage senden Sie Ihnen unsere herzlichsten Glückwünsche. Möge der Herr Sie ebenso wohl und frisch erhalten wie bisher. Wilhelm I. R. Vittoria.

* Der Kronprinz ist Dienstag abend 10 Uhr 20 Minuten mit Sonderzug in Dels eingetroffen. Mittwoch vor von 10 Uhr an Jagd in der Fasanerie Ludwigsdorf. Teilnehmer sind außer dem nächsten Gefolge des Kronprinzen nur einige Herren, u. a. Oberst v. Brühl und Hofmarschall v. Trotha; im Ganzen sind es neun Schützen.

* Inbegriffen. Die Erklärung, der österreichische Botschafter Szegedy sei kürzlich in Dels gewesen, um wegen der Vermählung eines österreichischen Geygars mit einer Prinzessin des herzoglichen Hauses zu vermitteln, bezeichnet die "Polit. Corr." als unbegründet. Der Botschafter war gar nicht in Dels.

* Trauerfeier für Eggelsen v. Pommer Eise. Die Trauerfeier für den Oberpräsidenten a. D. v. Pommer Eise gestaltete sich außerordentlich erheben. Das Berliner Trauerhaus konnte die Erzhöhen nicht fassen. Herrgog Johann Albrecht überbrachte neben einem eigenen Kranz auch einen im Namen des Kaisers. Im Auftrag des Kaisers erschien auch der Hausminister v. Webel. In der Trauerverammlung bemerkte man weiter Minister v. Sammlerstein, den früheren Landwirtschaftsminister v. Ruzius und Präsident Weobler. Prediger Rahusen gedachte in wirkungsvoller Weise namentlich der Verdienste des Verstorbenen um die Nationalbestrebungen.

* Mitteilungen des Freiherrn Sped von Sternburg. Nach Mitteilungen der "Magd. Zig." hat der deutsche Botschafter Freiherr Sped von Sternburg bei seiner Rückkehr nach New-York erklärt, er bringe kein Hand schreiben des deutschen Kaisers mit, aber eine Aufforderung an den New-Yorker Stadthalter, die Botschaft für den Ozean von langer Hand vorzubereiten und etwaige Vorschläge zu machen. Nicht das Befinden des Kaisers, sondern die Kürze der Vorbereitungszeit habe den Aufbruch verursacht. Der Botschafter sagte ferner, die Vorbereitungen über Jollifitanen fliegenden deutschen Industriellen seien unbegründet; sie müßten bedenken, daß der Jollitarif alle Nationen gleich behandle. Eine Ueberprüfung des Jollitarifs könne vorkommen, aber Amerika sei stets bereit, Abhilfe zu schaffen.

* Deutsch-belgische Handelsvertragsverhandlungen. Der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greimel, ist in Brüssel in der Angelegenheit des deutsch-belgischen Handelsvertrages eingetroffen. Die Verhandlungen sollen im Januar beginnen.

* Antrag zum Meistbegünstigungsvertrag. Das Zentrum hat im Reichstage eine Forderung des Meistbegünstigungsvertrages beantragt, und zwar: 1. der § 23 des Gesetzes betr. die Schlichtverträge und Meistbegünstigungsverträge solle folgende Worte enthalten: "Die Bestimmungen (§ 1) fallen den Bundesstaaten zum Wahl. Die Bestimmungen dieser hierfür von den den § 1 Verpflichteten nicht erlassen werden; 2. dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Inkraftsetzung in Kraft."

* Der Senatorenkongress des Reichstages hielt am gestrigen Mittwoch vor der Sitzung eine kurze Besprechung über die Geschäftsführung ab. Präsident Graf v. Helldorf teilte mit, daß er auf höchstens 9 Sitzungstage vor Weihnachten rechnet; in dieser Zeit müßten das Handelsprovisorium mit England in allen drei Lesungen und der Etat mit der Finanzreform in erster Lesung erledigt werden. Die erste und zweite Lesung des Handelsprovisoriums soll am Sonnabend stattfinden, am Montag die dritte folgen. Nach Schluß der ersten Sitzung werden dann die Weisensminister eintreten. Eine Anregung des Abg. Müller-Sagan (frei. Volksp.) die Behandlung der Initiativefrage dahin zu ändern, daß die Weisensfrage nicht mehr an den Termin der Einbringung gebunden, sondern daß die Stärke der Fraktionen und deren Wunsch darüber maßgebend sein solle, fand zwar eine höfliche Aufnahme, Präsident Graf v. Helldorf erwiderte aber, daß es zu dieser Forderung einer Abänderung der Geschäftsordnung bedürfe.

